VERORDNUNG (EWG) Nr. 3165/74 DER KOMMISSION

vom 13. Dezember 1974

zur Erhebung einer Ausfuhrabgabe bei bestimmten zuckerhaltigen Milcherzeugnissen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 662/74⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1603/74 des Rates vom 25. Juni 1974 über die Erhebung einer Ausfuhrabgabe für gewisse gezuckerte Erzeugnisse auf der Grundlage von Getreide, Reis und Milch im Falle von Versorgungsschwierigkeiten mit Zucker⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1603/74 kann die Erhebung einer Ausfuhrabgabe auf in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannte und mindestens 20 % Saccharose oder andere in Saccharose umgerechnete Zuckerarten enthaltende Erzeugnisse beschlossen werden, wenn bei der Ausfuhr von Weißzucker eine Abschöpfung von über 5 RE/100 kg erhoben wird.

Die bei der Ausfuhr von Weißzucker erhobene Abschöpfung liegt gegenwärtig bei 100 RE je 100 kg.

Die bei der Anwendung dieser Maßnahme gewonnene Erfahrung hat gezeigt, daß ihre Wirksamkeit dann gefährdet sein kann, wenn Zucker in Form bestimmter unter die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 fallender Milcherzeugnisse ausgeführt wird. Diese Gefahr besteht vor allem bei den Erzeugnissen, die einen verhältnismäßig hohen Zuckergehalt aufweisen. Infolgedessen ist auf diese Erzeugnisse eine Ausfuhrabgabe zu erheben, die auf der Grundlage der Ausfuhrabschöpfung für Zucker festgelegt wird.

Die Ausfuhrabgabe soll die Zuckerversorgung des Gemeinschaftsmarkts sicherstellen. Angesichts dieser Zielsetzung und der gegebenen Verhältnisse auf den Zuckermärkten sowie der Produktions- und Vermarktungsbedingungen bei den betreffenden Milcherzeug-

nissen ist die Ausfuhrabgabe auf 20 RE je 100 Kilogramm zugesetzten Zuckers festzulegen.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3162/74 der Kommission vom 13. Dezember 1974 mit Durchführungsvorschriften für die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von gewissen zuckerhaltigen Verarbeitungserzeugnissen aus Getreide, Reis, Milch, Obst und Gemüse im Fall von Zuckerversorgungsschwierigkeiten⁽⁴⁾ werden bestimmte Regeln eingeführt, die für die Anwendung der genannten Ausfuhrabgabe erforderlich sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Auf die unter die Tarifstelle 04.02 B des Gemeinsamen Zolltarifs fallenden Erzeugnisse mit einem Gehalt an zugesetzter Saccharose von mehr als 35 Gewichtshundertteilen (einschließlich des in Saccharose umgerechneten Invertzuckers) wird eine Ausfuhrabgabe erhoben.

Diese Abgabe findet jedoch keine Anwendung auf die Erzeugnisse der Tarifstelle 04.02 B II mit einem Fettgehalt von mehr als 6,9 bis 9,5 Gewichtshundertteilen und einem Gehalt an fettfreier Milchtrockenmasse von 15 Gewichtshundertteilen oder mehr.

(2) Die Höhe der Ausfuhrabgabe beträgt 20 Rechnungseinheiten je 100 Kilogramm zugesetzter Saccharose (einschließlich des in Saccharose berechneten Invertzuckers).

(3) Wenn bei einem in Absatz 1 genannten Erzeugnis die Vorausfestsetzung nur für einen der beiden Teilbeträge der Erstattung vorgenommen worden ist, findet Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3162/74 Anwendung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 23. Dezember 1974 in Kraft.

⁽⁴⁾ Siehe Seite 44 dieses Amtsblatts.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 85 vom 29. 3. 1974, S. 51.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 172 vom 27. 6. 1974, S. 9.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. Dezember 1974

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI